



NIEDERSCHRIFT

über die 24. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 13.12.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:51



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Michael Schreiner

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter



Magdalena Schwarzmüller

Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

LKR

Georg Schmalz

FDP



Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Berichterstatter

| | |
|--------------------|---|
| Ralf Bernhard | (Stadtbauamt) |
| Jürgen Bibus | (Hauptamt) |
| Bernhard Eck | (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb) |
| Claus Eisenstein | (Jugendamt) |
| Michael Götz | (Gebäudemanagement) |
| Stefan Joritz | (Amt für Recht und öffentliche Ordnung) |
| Christoph Kamplade | (Stadtbauamt) |
| Gönül Kuru | (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung) |
| Martin Messemer | (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung) |

Sonstige

| | |
|------------------|-----------------------------|
| Joachim Arbogast | (Ortsvorsteher Mörlheim) |
| Sandra Diehl | (Leiterin Pressestelle) |
| Klaus Kißel | (Ortsvorsteher Arzheim) |
| Rolf Kost | (Ortsvorsteher Wollmesheim) |
| Dorothea Müller | (Ortsvorsteherin Mörzheim) |

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

AfD

Jürgen Sauer

Beigeordneter

Rudi Klemm



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende informierte, dass das Ratsmitglied Bertram Marquardt nach der Auflösung des Unabhängigen Bürgerforums Landau (UBFL) künftig als parteiloses Ratsmitglied geführt wird. Ratsmitglied Georg Schmalz wird künftig unter Liberal-Konservative Reformer (LKR) geführt, da dies die Nachfolgepartei der ALFA sei.

Der Vorsitzende würdigte Ratsmitglied Günter Scharhag, der mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden sei. Damit seien seine Verdienste in der Gesellschaft, insbesondere im Sport gewürdigt worden. Die jahrzehntelange Arbeit im gesellschaftlichen Bereich habe diese besondere Anerkennung und Würdigung verdient.

In den letzten Tagen hätten weitere Bürger und Institutionen der Stadt weitere hohe Auszeichnungen erhalten:

- Dr. Paul Schwarz den Brückenpreis für besondere Integrationsleistungen des Landes Rheinland Pfalz
- Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli den Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz
- der cbf den Landespreis für beispielhafte Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Haushaltssatzung 2017 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2017 bis 2020, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung
Vorlage: 240/056/2016
 - 2.1. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2017
Vorlage: 820/206/2016
 - 2.2. Haushaltssatzung 2017;
Ergänzungsvorlage zur Veröffentlichung und Einwohnerbeteiligung;
Vorschläge der Einwohner zum Entwurf der Haushaltssatzung des Haushaltsplans oder seiner Anlagen
Vorlage: 240/059/2016
 - 2.3. Ermittlung maximale Zuschussbeträge ab dem Haushaltsjahr 2017 für die Einrichtungen des Teilhaushaltes 15 – freiwilliger Leistungsbereich
Vorlage: 240/057/2016
 - 2.4. Haus zum Maulbeerbaum; a) Statische Ertüchtigung des Hauses und b) Verlängerung der Option, die der Genossenschaft Haus zum Maulbeerbaum zum Erwerb des Hauses eingeräumt wurde
Vorlage: 230/293/2016



- 2.5. Süderschließung
Vorlage: 660/119/2016
- 2.5.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ergänzungsantrag „Süderschließung“
Vorlage: 101/346/2016
- 2.6. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Einrichtung einer Arbeitsgruppe
„Einsparungen“
Vorlage: 101/348/2016
3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Bericht des Präsidenten der Universität Koblenz/Landau
zur aktuellen Situation
Vorlage: 101/347/2016
4. Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 100/215/2016
5. Städtischer Grundbesitz; Veräußerung von Grundstücken im Baugebiet „Im Dorf“ im
Stadtteil Queichheim
Vorlage: 230/292/2016
6. Änderung der Kostenordnung der Dorfgemeinschaftshäuser/Turnhallen in den Ortsteilen
zum 01.01.2017
Vorlage: 240/054/2016
7. Auflösung der Gesamthandeigentümerschaft nach § 6 Abs. 2 des Landesgesetzes zur
Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTier NebG)
Vorlage: 320/089/2016
8. Bebauungsplan „D 6 - Neuaufstellung, Teilbereich 1, 1. Teiländerung“;
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 610/433/2016
9. Bebauungsplan A 13 „Südwestliche Altstadt (Kapuzinergasse, Marktstraße, Reiterstraße,
Waffenstraße)“ der Stadt Landau in der Pfalz, Satzungsbeschluss
Vorlage: 610/434/2016
10. Instandsetzungsarbeiten am Forstweg auf dem Taubensuhl in der Pfalz, Vergabe der
Asphaltarbeiten
Vorlage: 680/139/2016
11. Wirtschaftsplan 2017 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH
Vorlage: 810/006/2016
12. Änderung Satzung „Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen
Rechts“
Vorlage: 310/011/2016
13. Anpassung der Stundenverrechnungssätze im Betriebszweig Bauhof des EWL
Vorlage: 860/318/2016
14. Erhöhung der Schmutzwassergebühr; Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung
des EWL
Vorlage: 860/321/2016



15. Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2017 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung
Vorlage: 860/319/2016
16. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Frau Sabine Lüdtke hatte eine Frage zu der Beleuchtung in der Innenstadt, besonders in der Kugelgartenstraße. Dort sei die Beleuchtung nicht ausreichend. Es wäre schön, wenn auch dort im Bereich des Weltladens in der Weihnachtszeit ein oder zwei Lichterketten hängen würden.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass der AKU für die Weihnachtsbeleuchtung zuständig sei. Er empfehle, dass der Weltladen hier auf den AKU zugehe.

Herr Bernhard ergänzte zur regulären Beleuchtung, dass die Beleuchtung in der gesamten Innenstadt auf energiesparende LED-Leuchten umgestellt werde. Die Kugelgartenstraße sei für 2017 oder 2018 vorgesehen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Haushaltssatzung 2017 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2017 bis 2020, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 9. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er hielt zunächst seine Haushaltsrede.

Er stelle fest, dass man gemeinsam die Hausaufgaben gemacht habe. Auch in diesem Jahr sei es gelungen, wichtige Zukunftsentscheidungen für Landau auf den Weg zu bringen. Man brauche und werde sich nicht entschuldigen, dass Landau attraktiv sei. Die Weichen seien in den letzten Jahren an vielen Stellen richtig gestellt worden. Mit dem Modellprojekt „Kommune der Zukunft“ hätten unsere Stadtteile Entwicklungsmöglichkeiten. Dies werde landesweit beachtet. Der Haushalt sei die Handlungs-, Steuerungs- und Gestaltungsgrundlage der Stadt. Erstmals gebe es eine eigene Sitzungsvorlage zu Bürgervorschlägen. Nach der Vorstellung des Haushaltes im November habe es wichtige Hinweise aus der Bürgerschaft gegeben. Klar sei aber, dass Bürgerbeteiligung kein Wunschkonzert sei. Auch im Jahr 2017 seien die Bewältigung der Flüchtlingssituation und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum die wesentlichen Punkte. Die Baulandinitiative „Landau baut Zukunft“ sei auf den Weg gebracht. Hierzu werde man im ersten Halbjahr 2017 einen eigenen Nachtragshaushalt vorlegen. Es gebe im Jahr 2017 weiterhin viel zu tun bei der Abarbeitung des 12-Punkte-Programms. Die Entwicklung der Stadtdörfer mit dem Modellprojekt Kommune der Zukunft werde weitergehen, die Konversion Landau Süd mit dem Wohnpark Am Ebenberg laufe hervorragend. Die Innenstadtentwicklung und die wirtschaftliche Entwicklung gehe weiter. Es laufe der Ausbau der Badstraße, im nächsten Jahr folge die Königstraße. Fortgesetzt würden die Schulsanierungen und der Neubau der Sporthalle West sei vorbereitet. Das Thema Haushaltssicherung und Haushaltskonsolidierung sei ein Dauerthema. Im Ergebnishaushalt habe man mit einem Plus von 5,6 Millionen Euro deutlich höhere Erträge auf jetzt 131,5 Millionen Euro. Auch die Aufwendungen würden sich um 1,1 Millionen Euro auf jetzt 143,6 Millionen Euro erhöhen. Daraus ergebe sich ein Fehlbetrag von 12,1 Millionen Euro. Trotz der Verbesserung von über 4 Millionen Euro sei dies kein Anlass zum Jubeln. 69 Millionen Euro gebe man für den Bereich Jugend und Soziales aus, davon 39,3 Millionen ausschließlich aus städtischen Mitteln. Dies widerspreche den Vorgaben der Landesverfassung. Nach wie vor gehe es um die Bewältigung der Mammutaufgabe Flüchtlingshilfe, bei der man jetzt in die nächste Phase eintrete. Es gehe nach der Versorgung mit Wohnraum nun um die Integration der Flüchtlinge. Das Ganze spiegle sich auch im städtischen Stellenplan wider. Durch mehr Aufgaben sei der Stellenanteil jetzt auf 447,18 Stellen gewachsen, ein Plus von 7,81 Stellen. Hierin seien auch zwei zusätzliche Stellen im Bereich des Vollzugsdienstes enthalten.

Im Rahmen der Flächennutzungsplanung werde die Verkehrsplanung eines der zentralen Themen sein. Hierbei sei es wichtig, bei der Südtangente aus der selbst gemachten Blockade herauszukommen. Eine spezielle Sitzungsvorlage gebe es auch für den Bereich der freiwilligen Leistungen. Man werde versuchen, diese im Rahmen des Controllings noch stärker zu steuern. Im Haushalt enthalten sei ein Zuschuss von 5.000 Euro für den Verein Ruhango/Kigoma. Ein weiteres Spezialthema sei das Haus zum Maulbeerbaum. Hier werde ein Abriss des Hauses nicht weiter verfolgt. Stattdessen wolle man weitere Mittel für die Standfestigkeit des Gebäudes aufbringen. Im Ergebnis habe man eine spürbare Haushaltsverbesserung, die aber keine spürbare Verbesserung der Haushaltssituation bedeute. Man habe im Jahr 2017 ein Gesamtinvestitionsvolumen von 20,6 Millionen Euro vorgesehen, davon ein Gesamtkreditbedarf von 6,34 Millionen Euro. Insgesamt liege die Gesamtverschuldung bei 114,5 Millionen Euro. Dies sei im Vergleich zu den Kommunen in Rheinland-Pfalz immer noch ein guter Wert. Man werde für die Schulen im nächsten Jahr 4,3 Millionen Euro ausgeben, für die Sportinfrastruktur 2,8 Millionen Euro, für Kinder- und Jugendeinrichtungen 1,36 Millionen Euro und für den städtischen Wohnhausbesitz 360.000 Euro. Im Jahr 2017 steige man in die Modernisierung der Königstraße ein und beginne mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes. Es gebe viel zu tun im kommenden Jahr. Dies könne man nur gemeinsam als Stadtspitze, Rat und Verwaltung schaffen.



Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass es erfreulich sei, dass trotz schwieriger Rahmenbedingungen Rekordinvestitionen von 22 Millionen Euro vorgesehen seien. Dies zeige, dass Landau sich insgesamt in einer positiven Entwicklung befinde. Wenn man jetzt tatsächlich die Innenstadt angehe, werde es in Landau keine schmutzigen Ecken mehr geben. Gerade weil Landau attraktiv sei und Leute anziehe, sei „Landau baut Zukunft“ erforderlich und nötig. Es sei nun aber ein mutiges und perspektivisches Handeln gefordert.

Beim Ergebnishaushalt frage er sich immer, was man eigentlich noch zu entscheiden habe. Die kommunale Selbstverwaltung sei einer der Eckpfeiler unserer Republik. Seit Jahren gebe es die stärkste Kostendynamik im Bereich Jugend und Soziales. Das Land aber deckle beispielsweise die Zuschüsse im Jugendbereich, die Städte würden hier sträflich alleine gelassen. Wenn man alles zusammen addiere komme man auf eine Summe von rund 135 Millionen Euro für Pflichtaufgaben, das seien 96 % des gesamten Haushaltes. Dies bedeute, andere machen Vorgaben, die man nur noch abnicken könne, kommunale Selbstverwaltung gleich Null. Entscheiden könne man noch über 4 % an freiwilligen Leistungen. Aber auch hier halte die Aufsichtsbehörde den Deckel drauf, weitere freiwillige Leistungen würden untersagt. Vor dem Hintergrund sei es schon ein Akt des revolutionären Ungehorsams 5.000 Euro neu für den Freundeskreis Ruhango-Kigoma einzustellen. Er sei gespannt, ob dies genehmigt werde. Wenn man solche Verrenkungen machen müsse, könne man kaum noch von kommunaler Selbstverwaltung sprechen. Man sei als Kommunalpolitiker entmachtet, entmündigt und enttäuscht. Es sei dies ein Problem dieses Landes Rheinland-Pfalz, 5 der am höchsten verschuldeten Städte kämen aus diesem Bundesland. Hinzu komme, dass Gelder des Bundes oft den Umweg über Mainz nicht überstehen würden. Nun sei erneut durch 10 Kommunen Verfassungsklage gegen die Finanzausstattung erhoben worden. Eine bessere Finanzausstattung sei verfassungsrechtlich geboten. Unter Berücksichtigung dieses engen Finanzkorsetts liege ein ordentlicher und solider Haushalt vor. Er danke hierfür der Verwaltung für die gute Vorbereitung. Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Ratsmitglied Vogler sagte, sie habe einen Traum, dass alle Landauerinnen und Landauer zur Entschuldung der Stadt beigetragen hätten. Jeder habe seine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.400 Euro getilgt. Leider sei dies nicht mehr als nur ein schöner Traum. Sie wolle hier nicht alles rosarot malen, man habe berechtigten Grund zur Sorge. Die gute Beschäftigungslage bringe uns 2 Millionen Euro mehr an Steuereinnahmen. Sie bleibe bei der Auffassung, dass eine intelligente Wirtschaftsförderung unerlässlich für den Erfolg der Stadt sei. Für die SPD sei es ein Herzensanliegen Einrichtungen wie den Zoo und die Volkshochschule zu bewahren. Noch heute profitiere die ganze Stadt von der Landesgartenschau. Es gehe nun darum, die weitere Entwicklung der Stadt nicht zu verschlafen, sondern den Traum zu verwirklichen. So sei auch „Landau baut Zukunft“ kein Traum und schon gar kein Alptraum. Landau sei eine lebendige und pulsierende Stadt. Studenten und junge Menschen fänden Landau schön und wollen hier leben. Sie sei der Meinung, dass man die Träume nicht verschlafe, sondern aufstehe und anpacke. So setze man weiter beträchtliche Mittel zur Sanierung der Schulen ein. Dies sei gut angelegtes Geld. Die SPD-Fraktion stehe zum Erhalt des Hauses zum Maulbeerbaum, wohl wissend dass dies eine immense Herausforderung sei. Kulturgut habe einen hohen Stellenwert. Die SPD stehe auch dafür, die Südtangente vom Tisch zu bekommen. Sie freue sich aus ökologischer Sicht, dass für die Aktion Blau Plus 500.000 Euro veranschlagt seien. Auch in den Stadtteilen werde investiert, wohl wissend, dass nicht alles erledigt werden könne. Alle Aufgaben würden aber professionell abgearbeitet. In Wollmesheim werde die Treppe zur Kirche saniert, in Dammheim die Verlegung der Bushaltestelle verwirklicht.

Die Verwaltung sei ein kompetentes und professionelles Team. Der Haushalt sei ein traumhaftes Gebilde, das erst am Ende des Jahres bewertet werden könne. Vieles sei geplant, aber nicht alle Ereignisse lassen sich vorhersagen. Die SPD-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Haushalt ablehnen werde. Dabei gebe es drei Kriterien, das zu lobende, das zu kritisierende und das fehlende. Zu loben sei, dass man einen Weg gefunden habe, das älteste Haus der Stadt, das Haus zum Maulbeerbaum, zu erhalten. Unterstützung fänden auch die Investitionen des GML. Das gleiche gelte auch für die Entwicklung des Klimaschutzmanagements und die Realisierung der



Fahrradbeschilderung. Ein weiterer lobenswerter Punkt sei das Kümmern um den Erhalt der Fortanlagen. Landau habe gegenüber Flüchtlingen und Vertriebenen eine solidarische Haltung. Man habe die nötigen Stellen geschaffen, bemühe sich um eine dezentrale Unterbringung. Vieles aber gehe umher mit Versäumnissen, Mißständen und Fehlern. So sei der Blick der Stadtspitze auf die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz doch sehr eingeschränkt. Der Oberbürgermeister greife zur Bürgerbeteiligung dann, wenn er sich davon einen Nutzen verspreche. Den Behindertenbeirat beteilige man beispielsweise nur mangelhaft, Anträge der Opposition lasse man unter den Tisch fallen, um die eigenen voranzutreiben. Oberbürgermeister und Bürgermeister würden sich gegenseitig bekämpfen. Die Grünen aber wollten kein Spielball oder Anhängsel irgendeiner großen Fraktion sein. Bei der Kommunalwahl seien die Grünen die einzigen gewesen, die eine Wohnungsbaugesellschaft gefordert hätten. Oberbürgermeister und Bürgermeister seien nach und nach umgeschwenkt, was folgte sei ein Possenspiel zur Wohnraumversorgung. Das Konzept sei so voller Fehler, dass man 50.000 Euro in den Sand gesetzt habe. Dennoch habe die Stadtspitze dieses Konzept für ein neues gigantisches Wohnraumprojekt im Südwesten genutzt. Mit der Eile habe man so viele Menschen vor den Kopf gestoßen, um letztlich jetzt dem Rat 10 Monate danach nichts vorzulegen. Schon heute würden viel mehr Menschen in Landau leben, als in der Inwis-Studie stehe. Weil man alles bieten könne, würden auch immer mehr Menschen nach Landau drängen. Darunter würden aber die Machtlosen und Einkommensschwachen leiden. Diese könnten sich kaum mehr eine Wohnung, geschweige denn Eigentum leisten. Diese Entwicklung fordere uns alle heraus. Im Wohnpark Am Ebenberg nicht mindestens 20 % für bezahlbaren Wohnraum vorgehalten zu haben, sei ein schwerwiegender Fehler. Langfristig werde es bei dieser Entwicklung nicht ohne Außenentwicklung gehen.

Ratsmitglied Freiermuth widersprach Herrn Hartmann in wesentlichen Punkten seiner Rede. Die Inwis-Studie beispielsweise sei möglicherweise noch zu niedrig angesetzt. Es deute einiges darauf hin, dass der Zuzug nach Landau wohl stärker sein werde als prognostiziert.

Die Probleme aber würden ganz woanders liegen. Man habe eine außergewöhnlich gestiegene Einnahmesituation und trotzdem eine Rekordverschuldung. Dies liege an den Pflichtaufgaben, die uns von Bund und Land aufgedrückt würden. Es würde seiner Meinung nach Sinn machen, über einen weiteren Kommunalen Entschuldungsfonds nachzudenken. Einsparpotential gebe es auch noch bei den freiwilligen Leistungen. So sei ihm unverständlich, dass 23.000 Euro für zwei Monitore und Lautsprecher im Foyer ausgegeben werden solle. Dies müsse nicht sein, das könne man sich sparen. Auch das freie Parken an den Adventssamstagen müsse man hinterfragen. Ein erhebliches Ärgernis sei auch der Irrsinn Schulbuchausleihe und Schülerbeförderung. Dies sei eine Geldverbrennung ohnesgleichen. Wichtig werde es sein, dass auch die Schulen mit dem neuen Rechenzentrum verknüpft werden. Für die Schulen sei dies anders nicht mehr leistbar.

Wie „Landau baut Zukunft“ letztlich wirklich ausgehe, wisse man noch nicht. Der Bedarf für 500 Wohneinheiten in den Stadtteilen sei gegeben, ob die Eigentümer aber einem Verkauf der Grundstücke zustimmen werden, sei ungewiss. Dies gelte auch für das Untersuchungsgebiet im Südwesten Landaus.

Bei der Aufnahme von Flüchtlingen habe sich Landau vorbildlich verhalten. Er sehe jetzt eher das Problem, diese Menschen alle zu integrieren. Der Dank seiner Fraktion gelte ausdrücklich der Verwaltung, die hervorragende Arbeit leiste. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass für die Pfeffer-und Salz-Stadtratsfraktion dieser Haushalt nicht zustimmungsfähig sei. Dieser Haushalt stelle Weichen für „Landau baut Zukunft“. Sie sei erstaunt, wie wenig Selbstkritik der Stadtvorstand habe. Für sie sei die Inwis-Studie ein Rohrkrepierer, rausgeworfenes Geld.

Wie man das Thema Bürgerhaushalt angegangen sei, sei bezeichnend für das Verständnis von Bürgerbeteiligung. Wenn man es ernst nehme, hätte man auch bürgerfreundliche Zeiten machen müssen und nicht für 17.00 Uhr einladen sollen. Auch sei nur eine Veranstaltung zu wenig. Dies überfordere die Bürger, der Frust sei vorprogrammiert. Auch die erste Sitzung des Beteiligungsrates sei wohl eher frustreich verlaufen. Von daher sei eine Umsteuerung bei der Bürgerbeteiligung nötig. Ein weiteres Beispiel sei die geplante Wohnungsbaugesellschaft, die auch nicht mit dem nötigen



Engagement angegangen werde. Sie könne sich auch nicht damit anfreunden, dass die Stadt hier ohne Not ihre Mehrheit aufgeben wolle.

Der Antrag ihrer Fraktion ziele darauf ab zu sehen, was Bürger an Einsparmöglichkeiten im Haushalt einbringen können.

Im Stellenplan vermisse sie einen gewissen Realitätssinn. Ein Beispiel sei die Rufbereitschaft in der DV-Abteilung, die mit dem vorhandenen Personal so nicht möglich sei. Es sei auch eine große Aufgabe, Heimat zu schaffen für Flüchtlinge. Allerdings könne es nicht so weiter gehen, dass man nur Stellen schaffe für die Bewältigung des Flüchtlingsstroms, auch andere Dinge seien wichtig. Sehr mutig sei es, dass der Stadtvorstand Mittel für den Erhalt des Hauses zum Maulbeerbaum bereitstelle. Dies sei auch eine Anerkennung für die Arbeit des Vereins und der Genossenschaft, die sehr viel Engagement hier einbrächten. Loben wolle sie den Oberbürgermeister auch für seine Vorlage zur Südtangente. Sie könne nicht verstehen, dass gerade die CDU-Fraktion ihren Oberbürgermeister jetzt im Regen stehen lasse.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 9 Nein-Stimmen:

I.

a) über den städtischen Haushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

| | |
|--|------------------|
| 1. im Ergebnishaushalt | |
| Gesamtbetrag der Erträge auf | 131.531.575 Euro |
| Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 143.626.440 Euro |
| Jahresfehlbetrag auf | -12.094.865 Euro |
| 2. im Finanzhaushalt | |
| ordentlichen Einzahlungen auf | 124.700.531 Euro |
| ordentlichen Auszahlungen auf | 131.430.490 Euro |
| Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf | -6.729.959 Euro |
| außerordentlichen Einzahlungen auf | 0 Euro |
| außerordentlichen Auszahlungen auf | 0 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen auf | 0 Euro |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 8.376.878 Euro |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 11.539.079 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf | -3.162.201 Euro |
| Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 10.938.360 Euro |
| Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 1.046.200 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 9.892.160 Euro |
| Gesamtbetrag der Einzahlungen auf | 144.015.769 Euro |
| Gesamtbetrag der Auszahlungen auf | 144.015.769 Euro |
| die Veränderung des Finanzmittelbestands im | 0 Euro |
| Haushaltsjahr auf | |

3. über das Investitionsprogramm (Finanzhaushalt 2017 bis 2020)



welches nach Vorlage der Verwaltung folgende Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ausweist:

| | |
|------|-----------------|
| 2017 | 11.539.079 Euro |
| 2018 | 13.581.679 Euro |
| 2019 | 13.427.279 Euro |
| 2020 | 6.316.279 Euro |

b) über den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagement Landau

| | |
|---|-----------------|
| Erfolgsplan | |
| Erträge | 13.825.000 Euro |
| Aufwendungen | 15.437.620 Euro |
| Differenz | -1.612.620 Euro |
| Vermögensplan | |
| Einnahmen | 13.051.320 Euro |
| Ausgaben | 13.051.320 Euro |
| Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2018 | |
| | 3.147.000 Euro |
| Gesamtbetrag der Kredite | |
| | 3.673.700 Euro |
| Gesamtbetrag der Liquiditätskredite | |
| | 3.000.000 Euro |

c) Bürgerstiftung

| | |
|--|--------------|
| 1. im Ergebnishaushalt | |
| Gesamtbetrag der Erträge auf | 186.643 Euro |
| Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 230.092 Euro |
| Jahresfehlbetrag auf | -43.449 Euro |
| 2. im Finanzhaushalt | |
| ordentlichen Einzahlungen auf | 178.600 Euro |
| ordentlichen Auszahlungen auf | 175.774 Euro |
| Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf | 2.826 Euro |
| außerordentlichen Einzahlungen auf | 0 Euro |
| außerordentlichen Auszahlungen auf | 0 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen auf | 0 Euro |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 50.000 Euro |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 0 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 50.000 Euro |
| Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 0 Euro |
| Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 0 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 0 Euro |
| Gesamtbetrag der Einzahlungen auf | 228.600 Euro |
| Gesamtbetrag der Auszahlungen auf | 175.774 Euro |
| die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf | 52.826 Euro |

d) Landauer Kunststiftung



| | |
|--|-------------|
| 1. im Ergebnishaushalt | |
| Gesamtbetrag der Erträge auf | 24.100 Euro |
| Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 24.100 Euro |
| Jahresfehlbetrag auf | 0 Euro |
| 2. im Finanzhaushalt | |
| ordentlichen Einzahlungen auf | 20.100 Euro |
| ordentlichen Auszahlungen auf | 20.100 Euro |
| Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf | 0 Euro |
| außerordentlichen Einzahlungen auf | 0 Euro |
| außerordentlichen Auszahlungen auf | 0 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen auf | 0 Euro |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 0 Euro |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 0 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 0 Euro |
| Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 0 Euro |
| Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 0 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 0 Euro |
| Gesamtbetrag der Einzahlungen auf | 20.100 Euro |
| Gesamtbetrag der Auszahlungen auf | 20.100 Euro |
| die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf | 0 Euro |
| e) Strieffler Stiftung | |
| 1. im Ergebnishaushalt | |
| Gesamtbetrag der Erträge auf | 35.750 Euro |
| Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 35.750 Euro |
| Jahresfehlbetrag auf | 0 Euro |
| 2. im Finanzhaushalt | |
| ordentlichen Einzahlungen auf | 31.750 Euro |
| ordentlichen Auszahlungen auf | 31.750 Euro |
| Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf | 0 Euro |
| außerordentlichen Einzahlungen auf | 0 Euro |
| außerordentlichen Auszahlungen auf | 0 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen auf | 0 Euro |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 0 Euro |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 0 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 0 Euro |
| Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 0 Euro |
| Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 0 Euro |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 0 Euro |
| Gesamtbetrag der Einzahlungen auf | 31.750 Euro |
| Gesamtbetrag der Auszahlungen auf | 31.750 Euro |



die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf

0 Euro

f) über den Stellenplan.

II. Hinsichtlich der veranschlagten Investitionen im Haushalt der Stadt Landau in der Pfalz und den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau beschließt der Stadtrat folgendes Verfahren zur Optimierung der Finanzsteuerung:

- 1. Der Beginn von förderfähigen Maßnahmen ab einer Gesamtinvestitionssumme von 20.000 Euro, ausgenommen sind hiervon Planungsleistungen, ist grundsätzlich dem Stadtvorstand vorher anzuzeigen. Als Maßnahmenbeginn gilt die Einleitung des Verfahrens.**
- 2. Weichen die Höhe der im Haushalt oder den Wirtschaftsplänen veranschlagten Drittfinanzierungsmittel (Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge) oder die Kassenwirksamkeit von den Planansätzen krediterhöhend ab, ist vor Maßnahmenbeginn und Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen durch die jeweils verantwortlichen Bereiche das Einvernehmen mit dem Stadtvorstand herzustellen und darzulegen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann.**
- 3. Im Kernhaushalt bleiben alle Haushaltsansätze für Investitionen wie bisher gesperrt. Mittelfreigabeanträge sind vor der Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen an die Kämmereiabteilung zu richten, ab einer Höhe von 20.000 Euro entscheidet der Stadtvorstand über die Mittelbereitstellung. Ziffer 2 gilt entsprechend.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2017

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 8. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 2 Enthaltungen:

a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2017 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:

| | |
|---------------------|---------------------|
| Erfolgsplan: | |
| Erträge | 13.825.000,00 EURO |
| Aufwendungen | 15.437.620,00 EURO |
| Differenz: | - 1.612.620,00 EURO |

| | |
|-----------------------|--------------------|
| Vermögensplan: | |
| Einnahmen | 13.051.320,00 EURO |
| Ausgaben | 13.051.320,00 EURO |

Der Gesamtbetrag der Kredite 2017 wird festgesetzt auf 3.673.700,00 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.

b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2018 bis 2020 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf:

Wirtschaftsjahr 2018: 3.147.000,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen voraussichtlich Investitionskredite in Höhe von:

2018: 1.496.000,00 EURO

aufgenommen werden.

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung der Stadt Landau in der Pfalz.

c) Weiterhin beschließt der Stadtrat die Gesamtstellenübersicht für das Gebäudemanagement Landau.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.2. (öffentlich)

**Haushaltssatzung 2017;
Ergänzungsvorlage zur Veröffentlichung und Einwohnerbeteiligung;
Vorschläge der Einwohner zum Entwurf der Haushaltssatzung des Haushaltsplans
oder seiner Anlagen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 1. Dezember 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 2 Enthaltungen:

den nachfolgend genannten Beschlussvorschlägen der Verwaltung zuzustimmen:

1. Einwohner-Vorschlag:

Absenkung von Bordsteinen an Straßeneinmündungen und Kreuzungen.

Im Rahmen von Baumaßnahmen oder an wichtigen Fußwegeverbindungen werden sukzessive die Bordsteine abgesenkt.

Eine flächendeckende unmittelbare Absenkung der Bordsteine im gesamten Stadtgebiet kann aus finanziellen Gründen nicht erfolgen.

2. Einwohner-Vorschlag:

Absenkung des Bordsteines an der Ampel vor dem Bahnhofsvorplatz in Richtung Galeria-Kaufhof

Es wird kein Änderungs-/Anpassungsbedarf gesehen.

3. Einwohner-Vorschlag:

Markierung der seitlichen Stufen zum Haupteingang am Bahnhofsvorplatz

Eine weitere Markierung bzw. Abschrägung wird nicht vorgenommen.

Die Markierung der Stufen seitlich am Zugang zum Bahnhofsgelände - wie auf dem beigelegten Bild dargestellt - ist ausreichend.

4. Einwohner-Vorschlag:

Aufstellen von Bänken auf dem Bahnhofsvorplatz

Die Aufstellung von Bänken erfolgt nicht.

5. Einwohner-Vorschlag:

Die Nutzung der Baumschutzgitter als Fahrradständer auf dem Bahnhofsvorplatz sollte vermieden werden.

Es werden sukzessive weitere Fahrradbügel und -boxen aufgestellt.

6. Einwohner-Vorschlag:

Anhebung der Vergütung für Tagesmütter/Tagesväter

Über die Anpassung der Stundensätze wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2018 entschieden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.3. (öffentlich)

Ermittlung maximale Zuschussbeträge ab dem Haushaltsjahr 2017 für die Einrichtungen des Teilhaushaltes 15 – freiwilliger Leistungsbereich

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 10. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- A. die nachfolgend aufgeführten und in der Begründung näher erläuterten Kostendeckungsbeiträge bzw. maximalen Zuschussbeträge des Teilhaushaltes 15 für die Jahre 2017 bis 2019:

1. Leistung 25211 – Ausstellungen

| | |
|---------------------------------|--------------|
| Gesamterträge der Leistung | 8.900 Euro |
| Gesamtaufwendungen der Leistung | 160.600 Euro |
| Gesamtdefizit | 151.700 Euro |

davon bedingt steuerbar:

| | |
|------------------------------|-------------|
| Produktbezogene Erträge | 8.900 Euro |
| Produktbezogene Aufwendungen | 64.700 Euro |
| Unterdeckung | 55.800 Euro |
| Kostendeckungsbeitrag | 14 % |

Zuschussbetrag 55.800 Euro
 Kostendeckungsbeitrag 14 %
 (Berechnungsgrundlage 1)

2. Leistung 25213 – Zuschuss an kommunale Stiftungen

| | |
|------------------------------|-------------|
| Gesamterträge der Leistung | 0 Euro |
| Gesamtaufwendungen | 51.500 Euro |
| davon Landauer Kunststiftung | 20.500 Euro |
| davon Strieffler Stiftung | 31.000 Euro |
| Gesamtdefizit | 51.500 Euro |

Landauer Kunststiftung 20.500 Euro
 Strieffler Stiftung 31.000 Euro
 Kostendeckungsbeitrag 0 %
 (Berechnungsgrundlage 2)

3. Produkt 2530 – Zoo

| | |
|------------------------------|----------------|
| Produktbezogene Erträge | 919.000 Euro |
| Produktbezogene Aufwendungen | 1.560.000 Euro |
| Gesamtdefizit | 641.000 Euro |
| Kostendeckungsbeitrag | 59 % |

Zuschussbetrag 641.000 Euro
 Keine Unterschreitung des Kostendeckungsbeitrages 55 %



(Berechnungsgrundlage 4)

4. Leistung 26101 - Theater/Konzerte

| | |
|---------------------------------|--------------|
| Gesamterträge der Leistung | 190.600 Euro |
| Gesamtaufwendungen der Leistung | 502.000 Euro |
| Gesamtdefizit | 311.400 Euro |

davon bedingt steuerbar:

| | |
|------------------------------|--------------|
| Produktbezogene Erträge | 190.600 Euro |
| Produktbezogene Aufwendungen | 366.700 Euro |
| Unterdeckung | 176.100 Euro |
| Kostendeckungsbeitrag | 52 % |

Zuschussbetrag 176.100 Euro
 Kostendeckungsbeitrag mindestens 52 %
 (Berechnungsgrundlage 1)

5. Leistung 26102 – Goetheparkplaudereien

| | |
|---------------------------------|-------------|
| Gesamterträge der Leistung | 0 Euro |
| Gesamtaufwendungen der Leistung | 15.300 Euro |
| Gesamtdefizit | 15.300 Euro |

davon bedingt steuerbar:

| | |
|------------------------------|------------|
| Produktbezogene Erträge | 0 Euro |
| Produktbezogene Aufwendungen | 6.850 Euro |
| Unterdeckung | 6.850 Euro |
| Kostendeckungsbeitrag | 0 % |

Maximaler Zuschussbetrag 6.850 Euro
 Kostendeckungsbeitrag 0 %
 (Berechnungsgrundlage 1)

6. Produkt 2620 – Musikpflege

| | |
|----------------------------------|------------|
| Gesamterträge des Produktes | 0 Euro |
| Gesamtaufwendungen des Produktes | 5.600 Euro |
| Gesamtdefizit | 5.600 Euro |



davon bedingt steuerbar:

| | |
|-------------------------------------|-------------------|
| Produktbezogene Erträge | 0 Euro |
| Produktbezogene Aufwendungen | 3.750 Euro |
| Unterdeckung | 3.750 Euro |
| Kostendeckungsbeitrag | 0 % |

Maximaler Zuschussbetrag **3.750 Euro**
Kostendeckungsbeitrag **0 %**
(Berechnungsgrundlage 1)

7. Produkt 2712 – Volkshochschule

| | 2017 | 2018/2019 |
|-----------------------------------|---------------------|---------------------|
| Gedeckelte Personalkosten | 77.500 Euro | 77.500 Euro |
| Raummiete Maximilianstraße | 27.301 Euro | 27.301 Euro |
| Raummiete Waffenstraße | 2.202 Euro | 0 |
| Gesamtdefizit | 107.003 Euro | 104.801 Euro |

Maximaler Zuschussbetrag für 2017 **107.003 Euro**
Maximaler Zuschussbetrag für 2018/2019 **104.801 Euro**
Kostendeckungsbeitrag **0 %**
(Berechnungsgrundlage 5)

8. Produkt 2720 – Stadtbibliothek

| | |
|---|---------------------|
| Gesamterträge des Produktes | 111.500 Euro |
| Gesamtaufwendungen des Produktes | 725.700 Euro |
| Gesamtdefizit | 614.200 Euro |

davon bedingt steuerbar:

| | |
|-------------------------------------|---------------------|
| Produktbezogene Erträge | 111.400 Euro |
| Produktbezogene Aufwendungen | 138.000 Euro |
| Unterdeckung | 26.600 Euro |
| Kostendeckungsbeitrag | 80 % |

Zuschussbetrag **26.600 Euro**
Kostendeckungsbeitrag mindestens **80 %**
(Berechnungsgrundlage 1)

9. Produkt 5731 – Kommunale allgemeine Einrichtungen

| | |
|---|-----------------------|
| Gesamterträge des Produktes | 22.800 Euro |
| Gesamtaufwendungen des Produktes | 1.818.000 Euro |
| Gesamtdefizit | 1.795.200 Euro |

davon bedingt steuerbar:

| | |
|-------------------------------------|---------------------|
| Produktbezogene Erträge | 22.800 Euro |
| Produktbezogene Aufwendungen | 103.900 Euro |
| Unterdeckung | 81.100 Euro |
| Kostendeckungsgrad | 22 % |



| | |
|---|-------------|
| Maximaler Zuschussbetrag | 81.100 Euro |
| Kostendeckungsbeitrag (Berechnungsgrundlage 1) | 20 % |

10. Produkt 5752 – Kommunale Tourismusförderung (Büro für Tourismus)

| | |
|----------------------------------|----------------|
| Gesamterträge des Produktes | 452.600 Euro |
| Gesamtaufwendungen des Produktes | 1.030.545 Euro |
| Gesamtdefizit | 577.945 Euro |

davon bedingt steuerbar:

| | |
|---|-----------------|
| Kostenerstattung an das BfT | 518.245 Euro |
| davon Personalkosten für 6,5 Stellen | 435.990 Euro |
| davon Personalkosten für GfB | 33.200 Euro |
| davon nicht gedeckte Kosten BfT in 2017 | 49.055 Euro |
| Mitgliedsbeiträge | 46.000 Euro |
| Mieter-Vermieter-Verhältnis | 21.060 Euro |
| Miete Kutschenkabinett | 7.200 Euro |
| Sach- u. Personalkosten Kerwe in OT | 13.000 Euro |
| Unterdeckung | 605.505 Euro *) |
| davon nicht gedeckte Kosten BfT in 2017 | 49.055 Euro |

| | |
|---|----------------|
| Zuschussbetrag | 605.505 Euro*) |
| Kostendeckungsbeitrag (Berechnungsgrundlage 3) | 0 % |

*(siehe Erläuterung auf Seite 12)

Der Kostendeckungsbeitrag der lfd. Nr. 2 (25213 Zuschuss an kommunale Stiftungen), Nr. 7 (2712 Volkshochschule) sowie Nr. 10 (5752 Kommunale Tourismusförderung) beträgt 0 %. Der städtische Haushalt bildet an dieser Stelle das Delta zwischen den Erträgen und Aufwendungen der jeweiligen Stiftungshaushalte sowie der jeweiligen Wirtschaftspläne der vorgenannten Einrichtungen ab.

Der Kostendeckungsbeitrag der lfd. Nr. 5 (26102 Goetheparkplaudereien) und der Nr. 6 (2620 Musikpflege) beträgt ebenfalls 0 %. Den Aufwendungen der vorstehenden Produkte stehen tatsächlich keine Erträge zur Kostendeckung entgegen.

- B. das Produkt 2510 Archiv und Museum zukünftig im Teilhaushalt 13 zu führen, da der Anteil der freiwilligen Leistungen nicht klar zur Pflichtaufgabe abgrenzbar ist bzw. der Anteil der Pflichtaufgabe „Archiv“ den freiwilligen Teil „Museum“ deutlich übersteigt. Darüber hinaus ist das Produkt 5752 Kommunale Tourismusförderung ab dem Haushaltsjahr 2017 im Teilhaushalt 15 zu führen.
- C. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2017 bis spätestens zum 30.06. des Folgejahres darüber zu berichten, ob die vorgenannten Zuschussbeträge eingehalten wurden und/oder gegebenenfalls Maßnahmen zur Erreichbarkeit vorgeschlagen werden bzw. worden sind.

Bei der Überprüfung der Einhaltung der maximalen Zuschussbeträge sind bei den lfd. Nr. 1, 3, 4, 8 und 9 der Anteil des Kostendeckungsbeitrages im Verhältnis zu den



Aufwendungen maßgeblich. Beim Rest (Ifd. Nr. 2, 5, 6, 7 und 10) sind die festgesetzten Beträge entscheidend.

- D. Spätestens im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2020 sind die Kostendeckungsbeiträge bzw. die maximalen Zuschussbeträge der Einrichtungen des Teilhaushaltes 15 anhand der fortgeschritten Entwicklung zu evaluieren.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.4. (öffentlich)

Haus zum Maulbeerbaum; a) Statische Ertüchtigung des Hauses und b) Verlängerung der Option, die der Genossenschaft Haus zum Maulbeerbaum zum Erwerb des Hauses eingeräumt wurde

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 17. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Aktuelle Erkenntnisse würden die historische Wertigkeit des Hauses unterstreichen. Schon von daher wäre ein Abriss dieses denkmalgeschützten Hauses nicht so einfach zu bewerkstelligen. Daher empfehle man, einen anderen Weg zu gehen. Innerhalb des Budgets sind 600.000 Euro für die statische Sicherung des Gebäudes vorgesehen. Diese Mittel sollten in den nächsten 3 Jahren zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig sollte die Option für die Genossenschaft um zunächst 18 Monate verlängert werden. Dann könne man sehen, wie sich die Dinge weiterentwickeln.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass dies keine erfreuliche Situation sei. Der Zustand des Hauses sei weiterhin sehr prekär, eine Lösung sehr schwierig und auch nach 18 Monaten nicht erkennbar. Was die Verwaltung jetzt vorlege, sei ein Zwischenkonzept. Dies sei durchaus sinnvoll, daher stimme die CDU-Stadtratsfraktion zu. Das Vorgehen bringe vor allem Zeit, um vertretbare Lösungen zu finden. Die Genossenschaft müsse sich aber auch an ihre eigenen Vorgaben halten, dies müsse man einfordern.

Ratsmitglied Vogler war der Auffassung, dass sich immer kontrovers diskutieren lasse, wenn man so viel Geld in die Hand nehme. In dem Haus Zum Maulbeerbaum spiegle sich aber die Geschichte unserer Stadt wider. Dies sei ein unwiederbringliches Kulturgut. Von daher trage man diese Investition mit. Sie appelliere, die Genossenschaft zu unterstützen und Mitglied zu werden. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde.

Ratsmitglied Freiermuth befürchtete, dass man aus diesem Kostengrab nicht mehr herauskomme. Zum Erhalt des Status quo habe man bereits 250.000 Euro ausgegeben. Weitere 100.000 Euro für den Erhalt der Fresken und jetzt nochmals 600.000 Euro. Dies seien rund 1 Million Euro nur für den Erhalt des alten Zustandes. Aus seiner Sicht mache dies alles keinen Sinn. Die FWG-Stadtratsfraktion werde die Vorlage ablehnen.

Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Sie sehe dies als einen großen Schritt voran. Man sollte der Genossenschaft die Chance geben.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja,- 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

- 1. der Durchführung von Maßnahmen zur statischen Ertüchtigung des Hauses zum Maulbeerbaum zuzustimmen.**
- 2. die hierfür erforderlichen Mittel i.H.v. ca. 601.000,00 €, verteilt auf die Haushaltsjahre 2017 (Anteil 215.000,00 €), 2018 (Anteil 226.000,00 €) und 2019 (Anteil 160.000,00 €) auf dem PK 5731.5231 zur Verfügung zu stellen.**
- 3. der Verlängerung der Option, die der Genossenschaft Haus zum Maulbeerbaum zum Erwerb des Hauses eingeräumt wurde, um 18 Monate, bis zum 31.05.2018, zuzustimmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.5. (öffentlich)

Süderschließung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 8. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man habe sich hier in eine selbstgemachte Blockadesituation hineinmanövriert. Zu lange habe man es aus verschiedenen Gründen ausgeklammert. Gleichzeitig aber habe man den Menschen in der Rheinstraße Versprechungen gemacht. Man sei jetzt an einem Punkt, an dem man eine Entscheidung treffen müsse.

Daher habe man nun die Fakten, soweit sie zugänglich waren, zusammengetragen. Im Ergebnis habe man ökologisch eine schwierige Situation, die den Bau einer Straße dort nur sehr schwer darstellbar mache. Auch finanziell sei man auf eine Investition in dieser Höhe nicht vorbereitet. Zudem sei auch die Verkehrsentslastung durch die Südtangente nicht in dem Maße gegeben, wie man es ursprünglich erwartet habe. Es sei daher notwendig, nach anderen Alternativen zu suchen. Bis zur Verabschiedung des Flächennutzungsplanes wolle man Möglichkeiten erarbeiten, wie es verkehrstechnisch ohne Süderschließung weitergehe. Der Antrag der CDU-Fraktion sei nicht per se ein Widerspruch zur Vorlage der Verwaltung. Man habe ja klar gestellt, dass im Zuge des Mobilitätskonzeptes und des Flächennutzungsplanes Klarheit geschaffen werden müsse. Es gehe um eine Gesamtbetrachtung von Wohnen, Verkehr, gewerblicher Entwicklung und schulischer Entwicklung.

Ratsmitglied Löffel erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion mit ihrem Antrag erreichen wolle, dass die Südtangente nicht mit dem heutigen Tag beerdigt werde. Seiner Fraktion sei es wichtig, Optionen offen zu halten. In eine Entscheidung über die Südtangente sollten auch die Ergebnisse aus Erhebungen zum Mobilitätskonzept einfließen. Die derzeitige Phase der Stadtentwicklung sei sehr südstadtlastig orientiert. Sicherlich sei die Südtangente nicht alternativlos, man sollte sich aber die 2 Jahre bis zur Aufstellung des Flächennutzungsplanes noch Zeit nehmen.

Ratsmitglied Dr. Kopf war der Auffassung, dass der Antrag der CDU konträr zur Vorlage der Verwaltung stehe. Die CDU wolle die Südtangente eben nicht ad acta legen. Der Antrag lege das Beil an das, was als Alternative erkannt werde nämlich den sogenannten Flüsterasphalt. Dieser sei nämlich dreimal effektiver als die gesamte Süderschließung. Man führe diese Diskussion schon seit 2001, seitdem werde geprüft und geplant. Die SPD-Fraktion wolle die Südtangente ad acta legen, weil die als Alternative gekennzeichneten Maßnahmen wesentlich günstiger und wesentlich effektiver seien. Insofern sei die Verwaltung auf der richtigen Linie. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Lichtenthäler äußerte die Hoffnung, dass heute hier hoffentlich etwas vernünftiges beschlossen werde. Er sehe durchaus einen Unterschied zwischen dem was die Verwaltung wolle und dem was die CDU in ihrem Antrag wolle. Natürlich könne man über Prognosen streiten, aber das Thema Ökologie spreche sehr eindeutig dagegen. Von daher sei es absolut sinnvoll, jetzt keine Ressourcen zu vergeuden. Man werde auch Ausgleichsflächen für „Landau baut Zukunft“ benötigen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde für die Vorlage der Verwaltung stimmen.

Ratsmitglied Freiermuth schloss sich der Hoffnung von Herrn Lichtenthäler an, dass die Südtangente nie kommen werde. Eine Unsicherheit aber bleibe, da man nicht wisse, wie sich Landau weiterentwickle. Er sehe die ökologischen Probleme und auch die anderen Schwierigkeiten durchaus. Man sollte sich aber diese Option offenhalten.

Ratsmitglied Dr. Migl appellierte an den Rat, die Verwaltungsvorlage mit deutlicher Mehrheit zu verabschieden. Die Südtangente sei von vorne herein zum Scheitern verurteilt.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 25 Ja,- 4 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen:



- 1. Die Planungen zur Süderschließung werden nicht weiter verfolgt. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, Vorschläge zum künftigen Umgang mit der Straßentrasse zu unterbreiten.**
- 2. Der leistungsfähige Ausbau des Knotenpunktes Schlossstraße/Weißenburger Straße / Xyländerstraße wird in einer Studie untersucht. Für die Erstellung der Studie werden im Haushalt der Stadt Landau 30.000 € im Jahr 2017 bereitgestellt.**
- 3. Im Zuge der L 509 Marienring/Rheinstraße und der K 5 Weißenburger Straße wird bei notwendigen Sanierungs- und Bauarbeiten ein lärmindernder Asphalt eingebaut. Hierfür werden maßnahmenabhängig in den nächsten Jahren insgesamt 500.000 € bereitgestellt. Die Mittelbereitstellung erfolgt unter Vorbehalt der jeweiligen Haushaltsberatungen.**
- 4. Die Festlegungen werden in die derzeit laufende Fortschreibung der Lärmaktionsplanung eingearbeitet.**
- 5. Im Rahmen des beauftragten Integrierten Mobilitätskonzeptes sind für die Verkehrssituation im Süden der Stadt und insbesondere für den Durchfahrtsverkehr Süd nach Osten und umgekehrt geeignete Optimierungsmaßnahmen zu entwickeln.**
- 6. Ein Jahr nach Verabschiedung des Mobilitätskonzeptes wird die Entwicklung der Verkehrssituation in der Stadt evaluiert.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.5.1. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ergänzungsantrag "Süderschließung"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 28. November 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2.5 verwiesen.

Der Stadtrat lehnte den Antrag der CDU-Fraktion mit 20 Ja,- 23 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.6. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Einsparungen"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 6. Dezember 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Der Antrag solle der Stadt Geld einsparen. Man wolle den Sachverstand der Bürger mit einbeziehen. Dabei gehe es um eine offene Mitarbeit und darum, den Bürgern Einblick zu geben in die Finanzzusammenhänge.

Der Vorsitzende empfahl, den Antrag abzulehnen. Die Haushaltsberatungen würden deutlich machen, dass der Spielraum zum Sparen sehr gering sei. Man habe für die Haushaltsberatungen den Ältestenrat und auch die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung im Haushaltsaufstellungsverfahren. Ein weiterer Aspekt sei, dass man in der Verwaltung keine personellen Ressourcen habe, um dies zu leisten. Schließlich gebe es auch keine Möglichkeit, eingesparte Mittel umzuleiten in Mittel für die Bürgerbeteiligung.

Ratsmitglied Hartmann hatte durchaus Sympathie für den Antrag. Sein Problem sei der zweite Punkt des Antrages, der unmöglich umzusetzen sei. Sollte der Antragsteller den zweiten Punkt streichen, könne seine Fraktion zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass man den Punkt 2 des Antrages zurückziehe.

Ratsmitglied Lerch hielt den Antrag für nicht zielführend. Die CDU-Stadtratsfraktion werde den Antrag ablehnen.

Ratsmitglied Vogler war der Meinung, dass es ja schon begrüßenswert sei, Bürger auch nach Einsparmöglichkeiten zu fragen. Es seien ja auch für diesen Haushalt schon Vorschläge gemacht worden. Man habe ja auch bereits genügend Instrumente hierfür. Die SPD-Stadtratsfraktion werde diesen Antrag nicht mittragen.

Ratsmitglied Freiermuth hatte den Eindruck, dass die Pfeffer und Salz-Fraktion Bürgerbeteiligung mit Gewalt durchsetzen wolle. Dieser Antrag sei so unnötig wie ein Sandkasten in der Wüste. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ebenfalls ab.

Ratsmitglied Marquardt war der Auffassung, dass es Sache des Rates sei, Dinge kritisch zu hinterfragen. Er habe insofern Probleme mit dem Sinn des Antrages.

Der Stadtrat lehnte den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion mit 7 Ja,- 36 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Bericht des Präsidenten der Universität Koblenz/Landau zur aktuellen Situation

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 29. November 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Die Probleme der Universität würden auf der Hand liegen. Dies könne die Stadt nicht kalt lassen. Es sei wichtig, Informationen zu sammeln. Hierfür sollte man den Präsidenten der Universität in den Stadtrat einladen.

Der Vorsitzende erklärte, dass er keine Probleme habe mit dem Antrag.

Ratsmitglied Dr. Blinn unterstrich, dass die SPD für gute Lehre und Forschung stehe. Er sei sehr dafür, sich die Fakten anzuhören. Sein Vorschlag sei, Herrn Prof. Heiligenthal im Rat für Fragen der Universität und ihrer Studierenden berichten zu lassen. Man könnte auch daran denken, zusätzlich noch einen Vertreter des Wissenschaftsministeriums einzuladen.

Ratsmitglied Maroc begrüßte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Antrag sehr. Die Entwicklung der Universität gehe sehr rasant voran. Sie würde darauf pochen, entweder den Präsidenten, den Vizepräsidenten oder den Kanzler einzuladen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass der Antrag Sinn mache. Zur Berichterstattung solle in jedem Fall die Führungsebene kommen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Präsidenten der Universität Koblenz/Landau, Herrn Professor Heiligenthal zur ersten Sitzung des Stadtrates im neuen Jahr einzuladen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 1. Dezember 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt

- 1. Frau Paula di Cursi, Böchinger Straße 5, 76829 Landau in der Pfalz als Elternvertreterin in den Schulträgerausschuss,**
- 2. Frau Miriam Lenz, Robert-Schuman-Straße 20, 76829 Landau in der Pfalz als Elternvertreterin in den Schulträgerausschuss,**
- 3. Frau Doris Braun, Am Jagdstock 30, 768209 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße,**
- 4. Frau Denise Born als Beschäftigtenvertreterin in den Werksausschuss GML und**
- 5. Frau Desiree Schneider als stellvertretende Beschäftigtenvertreterin in den Werksausschuss GML.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Städtischer Grundbesitz; Veräußerung von Grundstücken im Baugebiet „Im Dorf“ im Stadtteil Queichheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 16. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Doll erklärte, dass man mit dem heutigen Beschluss fast am Ende eines langen Weges sei. Die Preise seien mit 270 Euro im Vergleich zum freien Markt erträglich. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Maier war der Auffassung, dass die Sitzungsvorlage deutlich die Vorteile des Ankaufmodells zeigen würde. Er appelliere, an diesem Modell unbedingt festzuhalten auch wenn es mal schwierig werden sollte. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth lobte den sozialen Aspekt des Ankaufmodells. Man müsse aber aufpassen, dass es nicht zu günstig werde um nicht einen überproportionalen Zuzug nach Landau zu produzieren.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dass die vier städtischen Baugrundstücke im Neubaugebiet D13 „Im Dorf“ in Queichheim zu folgenden Preisen angeboten werden:

- a) **Veräußerung nach Abschluss der Erschließung:**
Der Kaufpreis wird auf 270,00 €/qm festgesetzt.
- b) **Veräußerung vor Abschluss der Erschließung:**
Der Kaufpreis wird auf 187,00 €/qm festgesetzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Änderung der Kostenordnung der Dorfgemeinschaftshäuser/Turnhallen in den Ortsteilen zum 01.01.2017

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 30. September 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. In den Ortsteilen habe es teils kontroverse Diskussionen gegeben.

Ratsmitglied Schreiner erklärte, dass die Verwaltung mit der Sitzungsvorlage einer Empfehlung des Ortsbeirates Godramstein folge. Die Dorfgemeinschaftshäuser würden nicht nur von Vereinen und Schulen, sondern auch für private Zwecke genutzt. Der Grund für die Zunahme der Anmietung zu privaten Zwecken sei der sehr günstige Mietpreis im Vergleich zu umliegenden Häusern außerhalb von Landau. Damit würden aber nur 5 % der Gesamtkosten gedeckt. Die Erhöhung der Gebühren um 20 % sei insofern nur ein kleiner Schritt. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dürphold war der Meinung, dass dies für Godramstein zutreffen könne, aber eben nicht für alle Dorfgemeinschaftshäuser. Es sei klar, dass ein Dorfgemeinschaftshaus nie kostendeckend arbeiten könne. Die FWG-Stadtratsfraktion sei daher für eine Einzelabstimmung für jedes Dorfgemeinschaftshaus, eine pauschale Abstimmung würde er ablehnen.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt die Erhöhung für angemessen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

die Anpassung der nachfolgenden Kostenordnungen zur Benutzungsordnung vom 18.12.2000, angelehnt an den seit 2001 fortgeschriebenen Preisindex um 20 %, mit Wirksamkeit ab 01.01.2017 (siehe Anlage):

- 1. für die Benutzung des Dorfgemeinschaftshauses, Arzheimer Hauptstraße 42, Landau-Arzheim**
- 2. für die Benutzung der Turnhalle, Bornheimer Straße 4, Landau-Dammheim**
- 3. für die Benutzung des Dorfgemeinschaftshauses (Kincksche Mühle), Godramsteiner Hauptstraße 52, Landau-Godramstein**
- 4. für die Benutzung des Gemeinschaftsraumes, Hofgasse 9, Landau-Mörnheim**
- 5. für die Benutzung des Gemeinschaftsraumes im Dorfgemeinschaftshaus Zum Kirchweg 3, Landau-Mörzheim**
- 6. für die Benutzung der Turnhalle, Lindenbergsstraße 67, Landau-Nußdorf**
- 7. für die Benutzung der Turnhalle, Zum Queichanger 23, Landau-Queichheim**

Eine Überprüfung und ggf. Anpassung der Kostenordnungen soll alle 5 Jahre erfolgen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Auflösung der Gesamthandehüterschaft nach § 6 Abs. 2 des Landesgesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTier NebG)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 17. Oktober 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Das Gesamthandehüterschaft an den in §6 Abs. 2 Landesgesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) vom 19.08.2014 (GVBl. S. 191-7831.1) näher bezeichneten Grundstücken wird aufgelöst.

2. Das Eigentum an den in § 6 Abs. 2 AGTierNebG näher bezeichneten Grundstücken wird auf den Altlastenzweckverband tierische Nebenprodukte kostenfrei übertragen.

3. Der Stadtrat stimmt vorbehaltlich einer Einigung des Altlastenzweckverbandes mit den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften des Saarlandes über eine Mitgliedschaft im Altlastenzweckverband deren Aufnahme zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

**Bebauungsplan „D 6 - Neuaufstellung, Teilbereich 1, 1. Teiländerung“;
Aufstellungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 30. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet der Gemarkung Queichheim wird der Bebauungsplan „D 6 - Neuaufstellung, Teilbereich 1, 1. Teiländerung“ aufgestellt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Planungsziele vorzunehmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Bebauungsplan A 13 "Südwestliche Altstadt (Kapuzinergasse, Marktstraße, Reiterstraße, Waffenstraße)" der Stadt Landau in der Pfalz, Satzungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplans A 13 "Südwestliche Altstadt (Kapuzinergasse, Marktstraße, Reiterstraße, Waffenstraße)" entsprechend den in der als Anlage beigefügten Synopse vom Juni 2016 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses (Anlage 2).
2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplans A 13 "Südwestliche Altstadt (Kapuzinergasse, Marktstraße, Reiterstraße, Waffenstraße)" entsprechend den in der als Anlage beigefügten Synopse vom Juni 2016 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses (in Anlage 3).
3. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplans A 13 "Südwestliche Altstadt (Kapuzinergasse, Marktstraße, Reiterstraße, Waffenstraße)" entsprechend den in der als Anlage beigefügten Synopse vom September 2016 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses (in Anlage 3).
4. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum geänderten Entwurf des Bebauungsplans A 13 "Südwestliche Altstadt (Kapuzinergasse, Marktstraße, Reiterstraße, Waffenstraße)" gemäß den Abwägungsvorschlägen der beigefügten Synopse vom November 2016 abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses (in Anlage 3).
5. Der Bebauungsplan A 13 "Südwestliche Altstadt (Kapuzinergasse, Marktstraße, Reiterstraße, Waffenstraße)" (Planzeichnung und Textfestsetzungen) wird in der Fassung vom November 2016 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Instandsetzungsarbeiten am Forstweg auf dem Taubensuhl in der Pfalz, Vergabe der Asphaltarbeiten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Asphaltarbeiten im Rahmen von Instandsetzungsarbeiten am Forstweg auf dem Taubensuhl in der Pfalz ist der Firma Eurovia Teerbau GmbH, Neunkirchen, zu den Preisen ihres Angebotes vom 24.10.2016, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 57.622,35 EUR abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Wirtschaftsplan 2017 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 15. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Im Wirtschaftsplan werde ein operatives Defizit von 2,9 Millionen Euro ausgewiesen. Ein Ausgleich aus Mitteln der Zuzahlungsvereinbarung der Energie Südwest werde im kommenden Jahr nicht möglich sein. Man habe sich auf diese Zeit vorbereitet, Schulden getilgt, so dass das Unternehmen schuldenfrei sei. Im nächsten Jahr gehe man von einem Defizit in Höhe von voraussichtlich 300.000 Euro aus. Im nächsten Jahr werde man auch über die Eintrittspreise bei den Bädern reden müssen.

Ratsmitglied Volkhardt unterstrich, dass sich an diesem Wirtschaftsplan die Abhängigkeit der Stadtholding von der Energie Südwest zeige. Man bewege sich im Haifischbecken des Energiemarktes. Der Vorlage sei zu entnehmen, dass das LaOla ein großer Verlustbringer mit 1,3 Millionen Euro sei. Man müsse mit der Stadtholding sensibel umgehen, damit man nicht eines Tages die Defizite aus dem städtischen Haushalt ausgleichen müsse. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Wirtschaftsplan zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Oberbürgermeister zu empfehlen, in der Gesellschafterversammlung, den Wirtschaftsplan 2017 für die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit folgenden Ansätzen festzulegen:

| 1. Erfolgsplan | T€ | T€ |
|-------------------------------------|-----------|---------------|
| Summe der Erträge | | |
| - Betriebserträge | 3.572 | |
| - Aufl. SoPo's | 94 | |
| - sonstiger Ertrag (Zuschuss Stadt) | 100 | |
| - sonstiger Ertrag (ZZV) | 51 | |
| - Ergebnisübernahme | <u>1</u> | 3.818 |
| Summe der Aufwendungen | | |
| - Betriebsaufwand | 6.699 | |
| - Finanzaufwand | <u>0</u> | 6.699 |
| Gesamtergebnis 2017 | T€ | -2.881 |

2. Vermögensplan 2017

| | |
|---------------------|-------|
| Summe der Einnahmen | 3.451 |
| Summe der Ausgaben | 3.451 |

3. Stellenübersicht



| | 2016 | 2017 | Ist 30.06.2016 |
|----------------------|--------------|--------------|----------------|
| Geschäftsführer | 1,05 | 1,05 | 1,05 |
| Beschäftigte | 55,96 | 57,74 | 49,94 |
| Gesamt | 57,01 | 58,69 | 50,99 |
| Nachrichtlich: | | | |
| Azubis/BA-Studenten | 8,00 | 8,00 | 8,00 |
| Aushilfsbeschäftigte | 0,00 | 0,00 | 0,00 |

4. Anlagen zum Wirtschaftsplan (§ 16 II EigVO RHP)

4.1 a) Betriebsmittelkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.500 T€ festgelegt.

4.1 b) Kreditbedarf

entsprechend Vermögensplan 2017

T€

2.371 ***

*** rechnerischer Wert, ohne Zuflüsse aus Beteiligungen.

Im Bedarfsfall ist eine entsprechende Kreditermächtigung durch den Aufsichtsrat zu erteilen.

4.2 Finanzplan 2018 – 2022

5. Beteiligung EnergieSüdwest AG

Vor dem Hintergrund des vollständigen Mittelabrufes aus der Zuzahlungsvereinbarung muss davon ausgegangen werden, dass im Planungsjahr 2017 die Zuflüsse aus der Beteiligung an der ESW AG die operativen Verluste der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH nicht mehr ausgleichen können. Handelsrechtlich wird es, in Abhängigkeit von der Höhe der Ausschüttungen, durch eine Verrechnung mit den bisher aufgebauten Gewinnvorträgen im Planungsjahr 2017 noch möglich sein, ein positives Bilanzergebnis auszuweisen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Änderung Satzung „Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Rechtsabteilung vom 15. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Baum-Baur unterstrich, dass Transparenz Vertrauen schaffe. Sie wünsche sich, dass sich mehr Bürger durch Teilnahme an den Sitzungen die nötigen Informationen holen. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den beigefügten Entwurf zur Änderung der Satzung „Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts“ (EWL).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Anpassung der Stundenverrechnungssätze im Betriebszweig Bauhof des EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 23. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Doll erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Die Anpassung sei transparent und unvermeidbar.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. die Anpassung der Stunden-Verrechnungssätze ab dem 01.01.2017:

| | | | |
|------------------------|---------|-----|-----------|
| für eine Fachkraft von | 44,72 € | auf | 46,20 € , |
| für einen Helfer von | 39,68 € | auf | 41,16 €. |

Die Vergütung für die Stadtteilmitarbeiter erfolgt nach den Stundensätzen für Fachkräfte und Helfer.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

**Erhöhung der Schmutzwassergebühr; Änderung der Abgabensatzung
Abwasserbeseitigung des EWL**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 24. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Erhöhung der Schmutzwassergebühr von 1,30 €/cbm auf 1,36 €/cbm und beschließt weiterhin zur Umsetzung der Erhöhung den als Anlage beigefügten Entwurf der „S a t z u n g zur Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau –AöR- über die Erhebung von Abgaben für die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2017 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 23. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Doll bedankte sich für die CDU-Stadtratsfraktion für einen in die Zukunft weisenden Wirtschaftsplan. Man werde der Vorlage zustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2017 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung mit den folgenden Zahlen:

Erfolgsplan

| | |
|---------------------|------------------------|
| Erträge | 19.639.000,-- € |
| Aufwendungen | 19.168.000,-- € |

Vermögensplan

| | |
|------------------|-----------------------|
| Einnahmen | 6.720.000,-- € |
| Ausgaben | 6.720.000,-- € |

Der Gesamtbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf **150.000,-- €**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Verschiedenes

Zu diesem Punkt war nichts zu protokollieren.



Die Niederschrift über die 24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 13.12.2016 umfasst 27 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 458.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter